



Lesen.



Teilen.



Weitersagen.

1. Juni 2015

Atomverhandlungen mit dem Iran

Regulierung und Transparenz: Neues Abkommen soll ausschließlich zivile Nutzung sicherstellen

Seit zwölf Jahren wird dem Iran vorgeworfen heimlich Uran zur Herstellung von Nuklearwaffen anzureichern. Die Regierung in Teheran streitet die Vorwürfe ab und beharrt darauf, das Uran ausschließlich für zivile Zwecke in der Forschung und der Medizin einzusetzen. Ende März kamen die Außenminister der fünf UN-Vetomächte, Deutschlands, und des Iran in Lausanne zusammen, um ein Abkommen zu verhandeln, das die iranische Atomkraftpolitik regulieren und zu mehr Transparenz führen soll. Das Ziel der Verhandlungen ist es, dem Iran die friedliche Nutzung der Atomtechnologie zu erlauben. Zugleich soll verhindert werden, das Land in die Lage zu versetzen, Nuklearwaffen zu entwickeln.

Was wurde erreicht?

Nach langen Verhandlungen einigten sich die Gesprächspartner auf einige wichtige Eckpunkte. Sie sollen die Grundlage für ein umfangreiches Nuklearabkommen schaffen, mit dem sich der Iran für die kommenden 25 Jahre zur Kontrolle seiner Atomkraftaktivitäten verpflichtet. Von westlicher Seite werden im Gegenzug Wirtschaftssanktionen aufgehoben, die die iranische Wirtschaft stark beeinträchtigen. Die technischen Details des Abkommens sollen bis zum 30. Juni ausgehandelt werden. Die Tageszeitung Die Welt beruft sich in einem Bericht auf das Auswärtige Amt und nennt die folgenden Eckpunkte der Vereinbarung:

- 1. Der Iran verpflichtet sich, sein nukleares Anreicherungsprogramm bis zu 25 Jahre einem mehrstufigen System von Beschränkungen und Kontrolle zu unterwerfen. In den ersten zehn Jahren müssen mehr als zwei Drittel der bestehenden AnreicherungsKapazitäten unter permanenter Aufsicht stillgelegt, über 95 Prozent des angereicherten Urans verdünnt oder ausgeführt werden. Anreicherung sowie Forschung und Entwicklung sind in den Jahren danach nur in engen Grenzen und unter strikter Kontrolle erlaubt.*
- 2. Alle nuklearen Aktivitäten des Iran unterliegen für bis zu 25 Jahre mit unterschiedlichen Instrumenten strengster Überwachung durch die Internationale Atomenergiebehörde. Das mit Iran vereinbarte Transparenz-Regime ist beispiellos in Intensität und Laufzeit.*
- 3. Sollte der Iran gegen die vereinbarten Regeln verstoßen, können Sanktionen umgehend wieder in Kraft treten.*

Die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen ist ein wichtiger Punkt bei den Verhandlungen. Die iranische Bevölkerung und die lokale Wirtschaft sind stark betroffen von den Sanktionen, die die USA, die EU und die Vereinten Nationen in dem seit zwölf Jahren andauernden Atomstreit erlassen haben. Von einer Aufhebung der Sanktionen würden die Wirtschaft und die Bevölkerung des Iran in großem Maße profitieren.

Netanyahu: Abkommen kann Iran nicht vom Bau einer Atombombe abhalten

Die Meinungen über den Erfolg der Verhandlungen sind geteilt. Während US-Präsident Barack Obama die Einigungen als historischen Erfolg bezeichnete, vertritt der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu die Meinung, dass das Abkommen den Iran von der Herstellung einer Atombombe nicht abhalten könne, sondern den Bau höchstens verzögern würde. Er sieht in dem Abkommen eine große Gefahr für sein Land und kritisierte, dass die Wirtschaftssanktionen schnell abgeschafft würden, wodurch der Iran ökonomisch erheblich gestärkt würde und die Mittel zum Aufrüsten bekäme. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hingegen sieht in den Verhandlungen einen großen Erfolg. Jedoch warnte er davor, zu früh zu jubeln. Noch gebe es keine Garantie für ein Abkommen. Bisher seien es nur Eckpunkte die ausgehandelt wurden, die konkreten Vertragsabstimmungen müssten noch bis zum 30. Juni erarbeitet werden.

Fragen zur Handreichung? Sachgebiet Sicherheitspolitik, Tel. 0228 - 25 909 13